Nippes - Niehl - Riehl
Bilderstöckchen - Mauenheim
Longerich – Weidenpesch

GRÜNE in der BV Nippes, Neusser Str. 450, 50733 Köln

Herrn Bezirksbürgermeister
Bernd Schößler

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Bezirksvertretung Köln-Nippes
Neusser Str. 450, 50733 Köln
☎ **0221 221 95309**
0221 221 95394
E-mail: GRUENE-BV5@stadt-koeln.de

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 11.01.2011

AN/0064/2011

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	27.01.2011

Erstellung eines externen Gutachtens für die HGK-Trasse durch Niehl und Longerich
- Antrag der Grünen -

Die Bezirksvertretung Nippes möge beschließen:

1. Die HGK wird gebeten, ein externes Lärmbelastungsgutachten in Auftrag zu geben. Dies soll nicht nur die aktuellen Belastungen detailliert erfassen, sondern auch die Entwicklung bis 2015 prognostizieren.
2. Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit der HGK gebeten zu eruieren, wer der Bahn AG, in welcher Höhe und mit welchem Eigenanteil der Bahn AG, Finanzmittel zum Bau von Lärmschutzwänden zur Verfügung stellt und warum solche Zuschüsse der HGK nicht gezahlt werden.

Begründung:

Eine entsprechende GRÜNE Anfrage wurde am 2.12.2010 unter TOP 7.1.2. beantwortet. Hintergrund ist die massive Lärmbelastung unserer Bürgerinnen und Bürger in den beiden nördlichen Stadtteilen Niehl und Longerich durch den LKW-Verkehr, durch den Fluglärm und durch den auf der HGK-Trasse erzeugten Lärm, der ja ganz wesentlich auch durch die HGK-Züge verursacht wird. Und diese Belastungen nehmen ja noch zu.

Ein solches Gutachten kostet nach Angaben der Verwaltung rund 5.000 €. Wenn die HGK dort Erlöse für Züge anderer Betreiber generiert und wenn sie ihre eigenen Züge dort fahren lässt, dann kann von der HGK erwartet werden, dass sie auch für die Konsequenzen eintritt und ein solches Gutachten finanziert. Es kann nicht sein, dass dafür die Allgemeinheit für die Belastungen aufkommt. Ein solches Gutachten kann die Grundlage sein für zu treffende Maßnahmen. Wie dringlich das Problem ist, zeigt die „Lärmaktionsplanung“, bei der zu folgender Problemdarstellung eine hohe Zustimmung zu verzeichnen ist.

„(W)ie der Lärmkarte der Stadt zu entnehmen ist, liegt der Pegel hier im 24h Schnitt im Bereich 75 db (eine Autobahn hat ca. 100 db). Es gibt keinerlei Lärmschutzmaßnehmen. Besonders ärgerlich ist der Nacht- und Wochenendbetrieb. Die HGK scheint sich an keinerlei Ruhezeiten halten zu müssen, jedenfalls tut sie das nicht. Mit die größte Belastung sind die Standzeiten der Loks (auch was Abgasemissionen betrifft- Eine kleinere Diesellok verbrennt im Schnitt 80 Liter (!) Diesel pro Stunde) Regelmäßig stehen Loks über mehrere Stunden im "Leerlauf" mit laufendem Motor auf den Schienen. Obwohl, laut Aussage der HGK selbst, die Lokführer angewiesen sind, die Motoren abzustellen bzw. die Loks gar nicht in diesem Bereich zu parken. Dem kann abgeholfen werden durch eine Lärmschutzwand und Maßnahmen, die Lokführer zwingen sich an die Vorschriften zu halten. Insbesondere die jüngsten Expansionspläne bereiten den Anwohnern hier große Sorge. Der Lärm ist in jüngster Zeit eine extrem starke Belastung geworden.“

http://laermaktionsplanung.stadt-koeln.de/dito/forum?action=laptopicshow&id=390
07.01.2011 12:38

Eine geeignete Maßnahme zur Problemminderung ist die Errichtung von Lärmschutzwänden, wie sie ja bei der Deutschen Bahn jüngst auch in unserem Bezirk erfolgt ist. Die Verwaltung teilt mit, dass die Deutsche Bahn Zuschüsse erhält, die die HGK nicht bekommt. Das können aus unserer Sicht eigentlich nur Zuschüsse des Bundes sein. Vom wem auch immer sie kommen mögen. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die z.B. an der Graseggernstraße wohnen gegenüber denjenigen, die z.B. an der Etzelstraße wohnen, benachteiligt werden. Um hier initiativ werden zu können, müssen aber zunächst die Verantwortlichkeiten geklärt werden, wobei die HGK dabei sicherlich „ins Boot geholt werden kann.

gez. Dr. Herbert Clasen